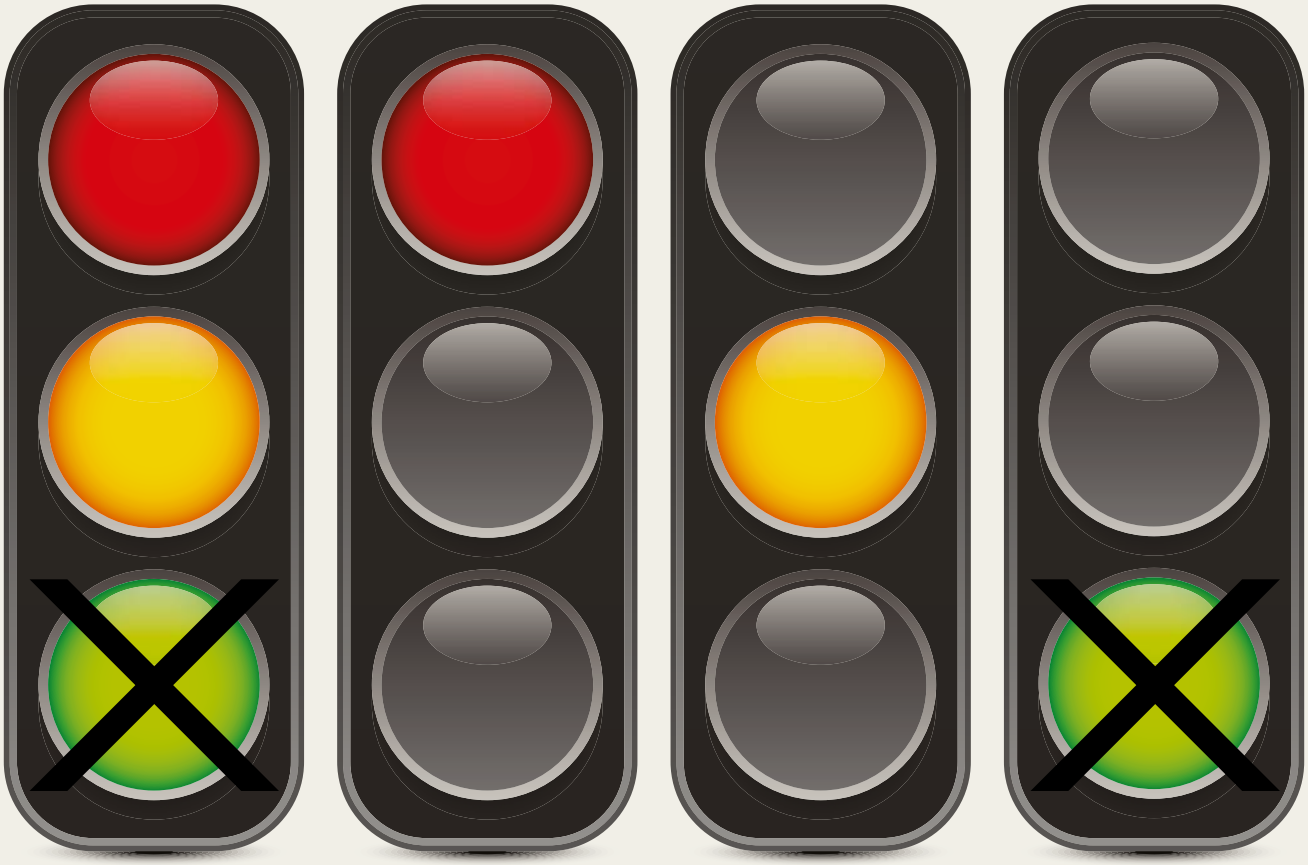
DER HAUPTSTADTBRIEF

Herausgegeben von Ulrich Deppendorf und Ursula Münch

Koalitionäre Cancel Culture



Die Ampel streicht die Grünen **Von Albrecht von Lucke** Seite 2

22. April 2023

Was sagen die Umfragen? Christian Lindner, Robert Habeck und Olaf Scholz analysieren.

Das Elend der Ampel

Scholz, Lindner und Döpfner gegen die Grünen

Von **Albrecht von Lucke**

Nach den schon heute historisch zu nennenden, fast endlosen Koalitionsausschusssitzungen zur Klimapolitik ist das Land um eine Erkenntnis reicher: Bald eineinhalb Jahre nach Beginn dieser angeblichen „Hoffnungskoalition" ist die Hoffnung zerstoben, dass dort zusammenwachsen könnte, was zusammengehört. Wir erleben stattdessen eine Ampel im permanenten Modus der Selbstblockade.

Das hat im Kern drei zentrale Gründe: Erstens natürlich den 24. Februar 2022, den Beginn des Putinschen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Damit ist innenpolitisch die materielle Grundlage der sozial-ökologischen Transformation schlagartig weggefallen, nämlich billiges russisches Gas zumindest für eine Übergangszeit.

Das zweite Problem ist das Geschäftsmodell der FDP: Von Beginn der Koalition an agiert sie als Opposition in der Regierung, als der Hort der „bürgerlichen Vernunft" gegen zwei angebliche Linksparteien. Und das durchaus mit Erfolg: Obwohl die FDP prozentual klar der schwächste Koalitionspartner ist, gibt sie allzu oft den Ton an. Schon in den Koalitionsverhandlungen, aber auch jetzt im Koalitionsausschuss lautet das Ergebnis: In der Ampel wedelt der Schwanz mit dem Hund.

So wird ausgerechnet der Verkehrssektor nun nicht mehr Jahr für Jahr geprüft, wie noch im alten, bereits zu schwachen Klimagesetz der großen Koalition vorgesehen. Damit ist das von Volker Wissing verantwortete Verkehrsministerium von der Pflicht für ein Sofortprogramm befreit; die Einhaltung der Zielvorgaben für 2030 rückt dort folglich in weite Ferne.

In die Wege geleitet wurde der FDP-Erfolg dadurch, dass (einmal mehr) die grünen Gesetzesvorhaben frühzeitig an die Medien durchgestochen wurden – insbesondere der nur halbfertige Entwurf zum Einbau von Wärmepumpen. Zum ersten Mal wurde so dramatisch deutlich, dass im Heizbereich viele Bürgerinnen und Bürger für die sozialökologische Transformation erhebliche Opfer werden bringen müssen. Opfer, die politisch nun ausschließlich dem grünen Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck angelastet werden. Die Konsequenz ist ein massiver Backlash – zulasten der ökologischen Anliegen wie auch der grünen Partei.

Titel: shutterstock.de/pixxsa, S.2 picture alliance/dpa | Michael Kappeler

ZU FAKTEN
GIBT ES KEINE
ALTERNATIVE.

FOCUS
Das Magazin.

HIER
SIND DIE
FAKTEN

GÜNTER
BANNAS

AUS DEM BANNASKREIS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Berliner Sicherheitskonferenz

Streit zwischen Ministerien, gar mit dem Kanzleramt, über Kompetenzen, ist schlecht beleumundet. Als „Ressortegoismus" in der Bundesregierung wurde gegeißelt, dass die Verhandlungen der Ampelkoalition über eine „Nationale Sicherheitsstrategie" samt einem Sicherheitsrat mit einem Sicherheitsberater an der Spitze mindestens vorläufig gescheitert sind. Auch Christoph Heusgen, früher Angela Merkels außenpolitischer Berater und nun Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, bedauerte das. Zwar habe in Merkels 16 Regierungsjahren ein solches Vorhaben nicht einmal auf der „Agenda" gestanden, gestand er in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein. Doch gebe es nun wegen Putins Überfall auf die Ukraine neue Herausforderungen. Das Auswärtige Amt aber befürchtete zu Recht, Zuständigkeiten an das Bundeskanzleramt zu verlieren.

Das zusätzliche Gremium der Regierung hätte die Schaffung neuer Planstellen nach sich gezogen. Die Grundüberlegung war, dass der Begriff Nationale Sicherheitsstrategie umfassend zu verstehen sei. Nicht bloß klassische Gesichtspunkte der Landesverteidigung seien zu berücksichtigen, sondern auch andere Fragestellungen: Internationale Konflikte, Entwicklungspolitik, Folgen der Migration und des globalen Handels, Bereiche der Umweltpolitik, der Klimawandel mit seinen Auswirkungen und auch die Cyberkriminalität. Mindestens. Alles Themen, die schon jetzt in den Ministerien bearbeitet werden und die im Kanzleramt „Spiegelreferate" haben – mit dem Chef des Kanzleramtes an der Spitze. Ein nationaler Sicherheitsrat hätte eines Vorsitzenden bedurft, der natürlich von der Partei des Kanzlers zu stellen wäre, aber auch eines stellvertretenden Vorsitzenden, der dann mit Sicherheit der Partei des Außenministers angehört hätte.

Cyril Northcote Parkinson, britischer Wirtschaftshistoriker und Publizist, hätte seine Freude daran gehabt. Leicht wäre ein Apparat mit Dutzenden Beamtenstellen entstanden: Referatsleiter, Fachreferenten, Sekretariate, jeweils mit Stellvertretern und Stellvertreterinnen. Parkinson hätte eine Bestätigung der von ihm entwickelten „Parkinsonschen Gesetze" gesehen: „Arbeit dehnt sich in genau dem Maß aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht." Die Bürokratie wachse – und zwar unabhängig davon, ob es ein Mehr an Aufgaben gebe. Ausgangspunkt seiner Beobachtungen war die Entwicklung der britischen Admiralität. Zwischen 1914 und 1928 sank die Zahl der im Bau befindlichen Kriegsschiffe um 68 Prozent, während die Zahl der Mitarbeiter der Admiralität um fast 79 Prozent wuchs. Ein Grund: Jeder Angestellte wünscht, die Zahl der Untergebenen zu vergrößern. Angestellte neigten zudem dazu, sich gegenseitig Arbeit und Aufgaben zu verschaffen.

Schließlich ein Praxistest: Nach Recherchen der FAZ-Korrespondenten Reinhard Bingener und Markus Wehner gab es zu Merkels Zeiten in der Regierungszentrale Differenzen über die zweite deutsch-russische Gaspipeline – zwischen Heusgen (contra) und dem Leiter der Wirtschaftsabteilung Lars-Hendrik Röller (pro). Hätte ihr Konflikt im Nationalen Sicherheitsrat beigelegt werden müssen – und nicht im Kanzleramt oder im Kabinett? Und nicht zuletzt: Gewiss hätte die Opposition das Anwachsen des Beamtenapparates kritisiert. So gesehen sollte ein neues Theorem formuliert werden: Ressortegoismus hat auch seine guten Seiten. ■

Das aber führt zum dritten Zentralproblem: Man muss den Eindruck haben, dass die Blockade der FDP auch dank bewusster Duldung des Kanzlers funktioniert. Faktisch agieren zwei Parteien, nämlich FDP und SPD, oft gemeinsam gegen die Grünen.

Von einem „sehr, sehr, sehr guten Ergebnis" des Koalitionsausschusses sprach denn auch der Kanzler. Aus rein parteitaktischer Perspektive ist dies durchaus der Fall. Olaf Scholz braucht eine starke FDP – erstens, um damit CDU/CSU zu schwächen, und zweitens, weil nur eine zufriedene FDP ihm 2025 die Chance auf eine zweite Ampel-Legislatur eröffnet. Dagegen hat er weit weniger Interesse an starken Grünen, die ihm als Führungspartei der linken Mitte Konkurrenz machen könnten. Die Scholzsche Ermüdungsstrategie lautet daher, FDP und Grüne sich so lange befehden zu lassen, bis er am Ende als der vermeintlich einzige Erwachsene die Scherben zusammenkehrt und dafür von den Wählerinnen und Wählern belohnt wird.

FDP wie SPD agieren somit primär in Verteidigung ihrer politischen Gegenwartsinteressen, während die Grünen versuchen, auch die Interessen der zukünftigen Generationen zu vertreten – genau wie es das Bundesverfassungsgericht jeder Regierung mit seinem historischen Urteil vom März 2021 ins Stammbuch geschrieben hat.

Albrecht von Lucke arbeitet als Publizist und Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin.

INGE
KLOEPFER

AUF DEN *ZWEITEN* BLICK

ist freie Journalistin sowie Buch- und Filmautorin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte bisher zahlreiche Bücher und mehrere Filme.

An der Grenze der Welt

Wenn in der kommenden Woche die Leipziger Buchmesse beginnt, wird wieder viel über das Lesen sinniert. Lesen die Menschen tatsächlich immer weniger? Hat das Buch noch eine Bedeutung? Vor allem: Sind große Geschichten nicht viel angenehmer über die großen Streamingdienste zu konsumieren? Ein Buch aufzuschlagen und ein paar hundert Seiten durchzuhalten, erscheint inzwischen vielen deutlich mühsamer.

Es ist nicht ganz einfach, zu alledem eine präzise Bestandsaufnahme zu bekommen. Mal wähnt sich die Literaturbranche in der Krise und das Lesen der Bücher auf dem Abstieg. Dann wieder nicht. Das Jahr 2021 war jedenfalls ein sehr gutes für die Verlage und Buchhandlungen, 2022 eher durchwachsen. Wie es sich dieses Jahr ausgeht, weiß noch niemand.

Pessimistisch muss man derzeit nicht sein. Lesen scheint in Mode – gerade in Zeiten des Internets, das einer Vielzahl von Influencerinnen und Influencern des Lesens jede Möglichkeit gibt, ihre Lieblingsbücher an eine eindrucksvoll breite Leserschaft heranzutragen. Natürlich geht es dort nicht nur ums Literarische, vielfach auch um Werke jenes Genres, das früher mal „Groschenroman“ oder heute im Film-Geschäft „Romcom“ heißt, romantische Komödie. Aber es wird eben auch sehr viel anderes empfohlen.

Dass das Lesen wichtig ist, weiß jeder. Es trainiert das Gehirn, die Auffassungsgabe, die Ausdrucksfähigkeit. Angeblich reduziert es das Stressempfinden. Lesen verringert, so heißt es, sogar die Wahrscheinlichkeit, an Demenz zu erkranken und lindere Depressionen.

Einen der zauberhaftesten Begründungen für die Bedeutung des Lesens hat einst der kanadische Literaturwissenschaftlicher und Kritiker Northop Frye formuliert, der als einer der weltweit einflussreichsten Literaturtheoretiker des 20. Jahrhunderts galt. Vor genau sechzig Jahren legte er mit seinem schmalen Bändchen *The educated imagination* einen Essay über die Literaturkritik vor, ein vielbeachtetes Werk, dem neben scharfer Analytik eben auch seine große Passion fürs Lesen anzumerken war. Es gebe, schrieb er, einen Unterschied zwischen der Welt, in der der Mensch lebe und der, in der er gerne leben würde. Die erste sei die Realität, die zweite falle indes in den großen Bereich der Imagination. Die Naturwissenschaften erklärten die Welt, die die Menschen umgebe. Mit der Welt menschlicher Vorstellungen aber habe diese nicht unmittelbar etwas zu tun. Auf der Ebene der Imagination kommt für Frye die Literatur ins Spiel. „Die Kunst beginnt an der Grenze der Welt, die wir uns vorstellen, die wir uns in Gedanken konstruieren, nicht der, die wir unmittelbar sehen.“ Literatur präge die Vorstellungen der Menschen, beeinflusse ihr Denken. Mehr noch: Literatur sei dazu da, die Vorstellungskraft der Menschen „zu bilden“, sie sozusagen zu erziehen und die Menschen so zu befähigen, sich Dinge vorzustellen, die möglich sein könnten. „Einbildungskraft, Phantasie und Vorstellungsgabe ist nicht nur eine Angelegenheit der Schriftsteller, schrieb Frye, sondern eines jeden. Literatur hilft, Vorstellungen von einer Welt zu entwickeln, in der man leben möchte. Schon aus diesem Grund erscheint das Lesen gerade heute wichtiger denn je: In welcher Welt wollen wir leben? ■

Nach der neoliberalen Devise „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht“ kann jedoch keine Koalition auf Dauer funktionieren. Und schon gar keine angebliche Zukunftskoalition. So sehr der Bundeskanzler bei jeder seiner Reden die Notwendigkeit von mehr Gemeinsamkeit betont, existiert in der Ampel offensichtlich kein gemeinsames Zukunftsprojekt. Im Gegenteil: Aufgrund der vergangenen Wochen sieht sich die FDP in ihrer partei-egoistisch destruktiven Logik noch bestärkt. Folgerichtig hat Finanzminister Christian Lindner bereits die nächste Oppositionsoption in der Regierung ausgemacht und per Twitter das Ende „der Zeit der reinen Verteilungspolitik in unserem Land“ verkündet – als ob es in Deutschland je eine derartige Zeit gegeben hätte. Und anstatt die gemeinsam gefällten Beschlüsse der Koalition offensiv zu vertreten, macht sich die FDP auch bei der Atomkraft einen schlanken Fuß: „Würde es nach mir gehen, würden wir bestehende Kernkraftwerke in der Reserve behalten & den Rückbau verhindern“, teilte Lindner am Tag des Atomausstiegs mit, um auf diese Weise seine Hände in Unschuld zu waschen und mit der Drohung eines zukünftigen Energiemangels auch weiter gegen die Grünen als angebliche Verbotspartei agitieren zu können. „Die Zeit des Appeasements ist vorbei“, lautet denn auch die unsägliche Ansage von FDP-Vize Wolfgang Kubicki, der auch nicht davor zurückschreckte, Robert Habeck mit Wladimir Putin zu vergleichen.

Massiv unterstützt wird die FDP dabei durch eine seit Jahren anhaltende Kampagne der *Bild*-Zeitung, die den Klimaminister Tag für Tag wie eine Sau durchs mediale Dorf treibt. Das belegen auch die jüngsten *Zeit*-Enthüllungen zur gleichermaßen abstrusen wie beängstigenden Geisteshaltung von Springer-Chef Mathias Döpfner.

„Umweltpolitik – ich bin sehr für den Klimawandel. Zivilisationsphasen der Wärme waren immer erfolgreicher als solche der Kälte. Wir sollten den Klimawandel nicht bekämpfen, sondern uns darauf einstellen“, so der Springer-Chef. Wenn es eines gebe, was er hasse, dann seien es Windräder. Die einzige Kraft zur Zurückdrängung des ökologischen Ungeistes ist für Döpfner die FDP. Noch zwei Tage vor der Wahl schrieb er seinem (damaligen) *Bild*-Chef Julian Reichelt in einer Mail: „Please Stärke die FDP. Wenn die sehr stark sind können sie in Ampel so autoritär auftreten dass die platzt. Und dann Jamaika funktioniert.“

Dort zeigt sich: Der anhaltende Koalitionsstreit zwischen Springer-FDP und Grünen verläuft entlang zweier großer Konfliktlinien: Individual- versus Gesellschaftsinteresse, Gegenwartsgenuss versus Zukunftsschonung. Wenn aber die angekündigte sozial-ökologische Transformation tatsächlich gelingen soll, dann braucht es eine fundamentale materielle wie mentale Wende. Dann gilt es, von der rein individual-egoistischen Haltung Abschied zu nehmen, die mindestens die vergangenen 30 Jahren, seit der Zäsur von 1989/90, dominiert hat – nämlich von der neoliberalen Devise: „Privat vor Staat“.

Denn heute sehen wir das Ergebnis, in Form einer zusammenbrechenden Infrastruktur: zu spät eintrudelnde Züge, bröckelnde Brücken und marode, mit viel zu wenig Personal ausgestattete Schulen; Behörden, die über Wochen keine Bescheide erteilen, und Gerichte, die erst nach Jahren ihre Urteile fällen. Zeitenwende innenpolitisch gedacht bedeutet daher: Heute müssen wir uns endlich der Frage stellen, wie ein gesundes Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Ausgaben in Zukunft aussehen muss. Will die Ampel mit der von ihr verkündeten Transformation wirklich ernst machen, müssen die schon lange erforderlichen Investitionen in die Zukunft endlich erfolgen. Andernfalls werden uns die Probleme schon in Bälde überrollen.

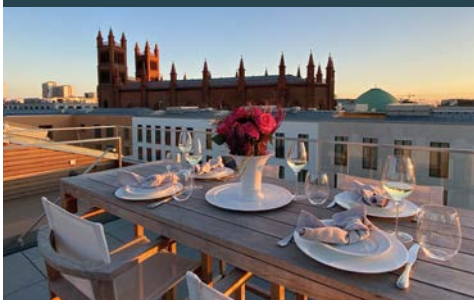
In die öffentlichen Angelegenheiten zu investieren, heißt aber zugleich für den privaten Konsum einen gewissen Rückschritt, vulgo: Verzicht – und zwar speziell bei jenen, die es sich am meisten leisten können. Das aber bedeutet, dass wir dringend eine Diskussion um die gerechte Besteuerung gerade der Starken und Vermögenden an den staatlichen Ausgaben führen müssen, deren Reichtum in den vergangenen 30 Jahren enorm zugenommen hat.

Denn genau an dieser Stelle verläuft der eigentliche Riss zwischen FDP und Grünen als letztlich zwei Formen der Bürgerlichkeit, einer individual-egoistischen und einer gesellschaftlich-altruistischen. Dort muss der Kanzler endlich Farbe bekennen – klar zugunsten der Zukunft und damit auch gegen die FDP. Nur so wird er auch seinem großen Wahlkampfversprechen wirklich gerecht, nämlich ein Klimakanzler sein zu wollen. ■

HUMBOLDT
LOUNGE

DIE EXKLUSIVE EVENT-LOCATION VIS-À-VIS VOM STADTSCHLOSS

WWW.HUMBOLDTLOUNGE.COM



No3
SCHINKELPLATZ
BERLIN

+49 30 206 482 99
contact@no3-schinkelplatz.com

SCHINKELPLATZ 3
10117 BERLIN

Der ideale Ort für hochkarätige geschäftliche Events

No3 Schinkelplatz ist die einzigartige Kombination aus luxuriösen Residenzen zum Wohnen auf Zeit und der Humboldt Lounge als einmalige Eventlocation. Beste Vorraussetzung um Ihnen und Ihren Gästen ein unvergessliches Erlebnis zu bieten.

Die Humboldt Lounge mit ihren 361m² steht für modernes Design, beeindruckende Ausblicke, erstklassigem Service und einer einmaligen kulturellen Vielfalt, die nur in Berlin zu finden ist.

Humboldt Lounge
Für alle, die das Besondere lieben.

- 3 großzügige Balkon Logen mit Schlossblick
- 2 einzigartige Belvedere mit 360 Grad Blick über die historische Mitte Berlins
- Ideal für Stehempfänge bis zu 80 Personen und Private Dinings bis zu 12 Personen
- Zusätzliche Catering- und Outdoorküchen

Memorial: Butscha, ein Jahr nach dem russischen Massaker.

Foto: picture alliance / REUTERS | Gleb Garanich

Nicht verhandelbar

Putin setzt auf abnehmendes Interesse und ein Ermüden der Solidarität. In der Ukraine aber steht die europäische Friedensordnung auf dem Spiel

Von **Franziska Davies**

Die Ukraine kämpft nunmehr länger als ein Jahr gegen Russland, nachdem Wladimir Putin sich am 24. Februar 2022 für einen Angriff auf das Nachbarland entschied. Die wenigsten in Deutschland und der Welt glaubten, dass es der Ukraine gelingen könnte, diesem Angriff standzuhalten. Nicht nur der deutsche Finanzminister Christian Lindner, auch zahlreiche Kommentatorinnen waren überzeugt, dass die Regierung in Kyjiw innerhalb weniger Tagen oder Wochen vor der russischen Übermacht kapitulieren müsse. Es kam bekanntermaßen anders. Inzwischen hat sich in der ukrainischen Hauptstadt – trotz des immer noch regelmäßigen Luftalarms – wieder ein Alltagsleben etabliert, und im vergangenen Sommer gelang es der Armee, weite Teile der seit dem 24. Februar von Russland besetzten Gebiete zu befreien.

Mit der Befreiung jeder Ortschaft gingen Berichte über Verbrechen der Besatzungsmacht einher: Die Beschreibungen von Folter, Verschleppungen, der Ermordung von Zivilisten und des alltäglichen Terrors vermitteln einen Eindruck, was eine ukrainische Niederlage bedeuten würde. Es ist nun ein gutes Jahr her, dass die staatliche russische Nachrichtenagentur *RIA Novosti* den Artikel „Was Russland mit der Ukraine machen muss“ des russischen Politikberaters (in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren unter anderem für „pro-russische“ Politiker in der Ukraine) Timofej Sergejcev veröffentlichte. Dort wurde in aller Deutlichkeit ausformuliert, worum es Russland in diesem Krieg geht und was sich hinter der Chiffre der „Denazifizierung“ eigentlich verbirgt: die Auslöschung der Ukraine als Staat und Nation. Die „Nazifizierung“ der Ukraine, so Sergejcev, habe „mindestens 1989“ begonnen, als der ukrainische Nationalismus eine „legitime Form“ erhalten habe. „Denazifizierung“ sei notwendigerweise „De-Ukrainisierung“. Ebenso unmissverständlich erklärte er, dass es an Russland sei, diese „Aufgabe“ mit aller Ge-

walt umzusetzen, nicht nur gegenüber den politischen Eliten des Staates, sondern auch gegenüber der Bevölkerung, die von diesem „Kiewer Regime“ nicht mehr zu trennen sei. Eine Abrechnung mit allem Ukrainischen, die Zerstörung von Denkmälern, die „Liquidierung“ aller „militärischen nazistischen Einheiten“, wozu Sergejcev explizit sämtliche Einheiten der ukrainischen Armee zählte. Diese De-Ukrainisierung, sei keineswegs nur in Kriegszeiten notwendig, sondern würde – nach dem Sieg über die Ukraine – auch in Friedenszeiten weitergehen. „25 Jahre“, so Sergejcev, müsse man für die „Denazifizierung“ des Landes veranschlagen. Was dort in einer technokratischen und gleichzeitig zutiefst brutalen und aggressiven Sprache ausformuliert wurde, war nichts weniger als die Ankündigung eines Genozids an den Ukrainerinnen und Ukrainern. Etwa zur gleichen Zeit wurden die Verbrechen im Kiewer Vorort Butscha bekannt. Damit stand zweifelsfrei fest, wie bitterernst dieses Programm gemeint war. Putins Russland und seine Armee hatten bereits begonnen, es in die Tat umzusetzen.

Mehr als ein Jahr nach der Veröffentlichung von Sergejcevs Text und den Nachrichten über die Gräueltaten in Butscha gibt es keine Anzeichen dafür, dass Russland von seinen Vernichtungsabsichten abgerückt ist. Aufrufe zum Genozid, Hasstiraden gegen die Ukraine, den Westen, die USA und die Nato sind nach wie vor das Standardrepertoire der staatlichen Medien in Russland. Auch ranghohe Politiker und Politikerinnen machen keinen Hehl aus den Absichten Russlands gegenüber der Ukraine, nur eine totale Niederlage und Unterwerfung der Ukraine seien eine akzeptable Grundlage für „Verhandlungen“. Zuletzt erregte ein Tweet des ehemaligen Präsidenten und Ministerpräsidenten Dimitri Medwedew Aufsehen, in dem dieser den russischen Willen zum Genozid bekräftigte. Die Ukraine bezeichnete er als „minderwertige Bandera-Ukraine“, die niemand brauche. Was „wir“ bräuchten, sei das „Große Russland“. Im russischen Original sprach Medwedew von der *Nedoukraina*, der „Unter-Ukraine“ in Anspielung auf das russische Wort für „Untermensch“ (*Nedotschelowek*) und bediente sich damit ganz offen einer faschistischen Sprache.

Auch in Deutschland erregten Medwedews Worte Aufmerksamkeit – ganz so, als erinnerten sie viele wieder daran, worum es eigentlich geht. Eine ähnliche Wirkung hatte das Video, in dem einem ukrainischen Soldaten mutmaßlich von einem russischen Söldner der Wagner-Gruppe bei lebendigem Leibe der Kopf abgeschnitten wurde. Die Realität des Krieges, seiner hasserfüllten Sprache, seiner unglaublichen Brutalität und Unmenschlichkeit – brachen für einen Moment auch über die deutsche Öffentlichkeit herein. Zugleich ist zu befürchten, dass in Deutschland – wie auch in anderen Ländern, die die Ukraine militärisch, politisch und ökonomisch unterstützen – ein

Seit 1968
INTERHOMES AG
Besser Bauen. Schöner Wohnen.

INTERHOMES SCHAFFT BEZAHLBAREN WOHNRAUM!

Günstige Kaufpreise in deutschlandweiten Wohngebieten!

Wir reagieren auf hohe Kaufpreise und die gestiegenen Zinsen, um junge Paare und Familien weiterhin von der Mietwohnung in die eigenen vier Wände zu begleiten. Wir machen Wohnen zukunftssicher und bezahlbar.

Blütengrund, Oldenburg

Wir sind Ihr starker Partner und bieten:

- 55 Jahre Erfahrung
- Zuverlässiger Rundum-Sorglos-Service
- Festpreisgarantie und garantierter Fertigstellungstermin
- Ausgezeichnete Bonität

MyLiving am Willakedamm, Bremen

Auf der Suche nach einem neuen Zuhause oder einer Kapitalanlage?

www.interhomes.de/immobiliensuche

Felderhof Quartier, Ratingen

INTERHOMES AG | Haferwende 36 A | 28357 Bremen | www.interhomes.de

DDR-Erbe: MiG-29-Kampfjets, die Polen an die Ukraine liefern will.

Foto: picture alliance / IPA | GIANLUCA VANNICELLI / ipa-agency

Gewöhnungseffekt eintritt und die Aufmerksamkeit für den Krieg schwindet. Die langfristige gesellschaftliche Unterstützung für die Ukraine ist keineswegs sicher. Mit abnehmendem Interesse der Öffentlichkeit, kann das Thema auch für die Politik an Bedeutung verlieren. Zugleich bemerkenswert war aber, dass die Entscheidung der Bundesregierung, Polen die Lieferung von Kampfjets an die Ukraine zu genehmigen, schnell erfolgte und keine nennenswerte Debatte hervorrief. Das übliche Argumentationsmuster bei der geplanten Lieferung bestimmter Waffentypen, ob Deutschland damit nicht zu einer „Eskalation" beitrage, blieb diesmal aus. Das ist in Anbetracht der politischen Realitäten zu begrüßen, und eine optimistische Interpretation wäre, dass inzwischen die meisten in Deutschland begriffen haben, dass es gewiss keine deutschen Waffenlieferungen oder Exportgenehmigungen sind, die diesen Krieg „eskalieren" lassen, sondern dass sie vielmehr notwendig und richtig sind, um die Ukraine in ihrem Selbstverteidigungskampf zu unterstützen. Die weniger optimistische Interpretation wäre, dass das öffentliche und gesellschaftliche Interesse an diesem Krieg mitten in Europa allmählich abnimmt.

Auf ein abnehmendes Interesse für und eine Solidarität mit der Ukraine in Deutschland, Europa und den USA setzen vermutlich Putin und sein Regime. Die schon seit Monaten andauernden Kämpfe um Bachmut ohne nennenswerte Geländegewinne zeigen, dass Putin militärisch kaum mehr etwas vorzuweisen hat. Dort zeigt sich einmal mehr, dass viele internationale Beobachter die russische Armee überschätzt haben. Zugleich steht auch die Ukraine vor enormen Herausforderungen, laut Militärexpertinnen ist besonders der Nachschub von Munition ein riesiges Problem. Um diesen Krieg zu gewinnen, braucht die Ukraine langfristige und umfangreiche militärische Unterstützung.

In Deutschland wurden seit Beginn der Totalinvasion immer wieder Stimmen laut, dass die Ukraine doch „verhandeln" möge. Besser sind diese Argumente im Laufe der Zeit nicht geworden – und bis heute gibt es nicht einen plausiblen und konkreten Vorschlag, worüber die Ukraine „verhandeln" könnte angesichts ihrer geplanten Vernichtung. Ehrlicher sind diese Forderungen auch nicht geworden, immer noch verstecken sich Befürworter solcher Scheinlösungen hinter abstrakten Begriffen von „Kompromiss" und „Diplomatie" und sprechen nicht aus, was der Ukraine ganz konkret droht: die Besatzung durch ein verbrecherisches Regime mit genozidalen Absichten, in dem das Sterben und die Leiden der Zivilbevölkerung weitergehen würden – vom Verlust ihrer Freiheit ganz zu schweigen. Diese Sprache – erst am vergangenen Mittwoch attestierte der Politikwissenschaftler Christian Hacke der Ukraine in der ARD eine „mangelnde Kompromissbereitschaft" – zeigt, wie wenig die Wirklichkeit dieses Krieges bei vielen in Deutschland angekommen ist. Das spielt letztlich Putin in die Hände, denn ein Land im Stich zu lassen, dem es an „Kompromissbereitschaft" mangelt, dürfte vielen leichter fallen als eines, das um sein Überleben kämpft. Nicht zuletzt verliert damit Deutschland auch aus den Augen, dass ein Sieg der Ukraine eben auch in seinem eigenen Interesse ist. Dort geht es um nichts weniger als die Verteidigung der europäischen Friedensordnung und das Zurückdrängen eines neoimperialen, völkischen Regimes, das für ganz Europa und damit auch für Deutschland eine enorme Bedrohung darstellt ■

Dr. Franziska Davies ist Osteuropa-Historikerin und lehrt an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2022 erhielt sie mit Katja Makhotina den Bayerischen Buchpreis für das beste Sachbuch, „Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs" (wbg Theiss).

POSTSKRIPTUM

Von **Lutz Lichtenberger**

Panikherzen und Finsternis

Die Beschreibung mutet wie ein aktueller Kommentar zum in diesen Tagen viel diskutierten Personal eines Romans an, das an mehr oder minder reale Personen aus der Verlagswelt angelehnt sein soll: „Durch und durch leer und hohl, leichtsinnig und weichlich, grausam und feige, voller Gier, aber ohne jede Kühnheit.“ Nach außen erschienen diese Gestalten wie Gentlemen, Säulen der guten Gesellschaft, tatsächlich aber seien es „innerlich lasterhafte Schurken, die sich im gesetzlosen Dschungel trafen und dort blendend miteinander auskamen.“

Mit dem Dschungel sind im vorliegenden Fall aber nicht metaphorisch die Chefetagen großer deutscher Medienhäuser gemeint, sondern die tatsächlichen Urwälder des Kongos. Die Charakterisierung gilt den dunklen Gestalten in Joseph Conrads Klassiker „Herz der Finsternis“ und stammt von Hannah Arendt.

Conrad schildert in der Erzählung, die erstmals 1899 erschien, wie die skrupellosen Geschäftsmänner, seine Freunde, das kongolesische Elfenbein hemmungslos plündern, ohne jede Rücksicht auf Leib und Leben der Menschen, „gerechtfertigt“ mit kaum verdünntem Rassismus.

Die heutige Demokratische Republik Kongo (DRK) steht heute erneut im Zentrum eines politisch-literarischen Werks, das mitten hinein ins dunkle Herz unserer Gegenwart sticht. Der nüchterne Titel „Climate and Environmental Security in the Democratic Republic of Congo“ des just veröffentlichten Reports der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) sollte nicht über die kaum zu überschätzende Bedeutung der dort behandelten (Ziel-)Konflikte hinwegtäuschen, die weit über das zentralafrikanische Land hinaus reichen.

In der DRK verdichten sich die entwicklungs-, energie- und sicherheitspolitischen Dilemmata dieser Tage. Kein Land der Welt besitzt ein größeres noch nicht gehobenes Vorkommen an Bodenschätzen, sein Wert wird gegenwärtig auf 24 Billionen US-Dollar geschätzt. Es besteht nicht nur aus Gold und Diamanten, sondern auch deren Varianten im 21. Jahrhundert, Kupfer und Kobalt, die, unter anderem, für – festhalten! – Heizungen, Batterien und Elektromotoren benötigt werden.

Das DGAP-Forscherinnenteam um Kira Vinke, Loyle Campbell und Dana Schirwon beschreibt aber auch präzise den „Rohstoff-Fluch“ – in Volkswirtschaften, die hauptsächlich von Rohstoffen leben, steigen Ungleichheit und Elend, gedeihen Korruption und Gewalt, ist Demokratie kaum mehr als eine Fassade – auch in Europa gibt es dafür ja ein nur zu illustres Moskauer Beispiel. In der DRK kommt noch der *climate-insecurity nexus* hinzu: Extreme Wetterereignisse und die schleichend einsetzenden Klimaschäden gefährden die Rohstoffgewinnung und verschärfen die inneren Konflikte und Verteilungskämpfe.

Was tun? Das Expertenteam buchstabiert die komplizierten und mühsamen, aber notwendigen Entwicklungs- oder Kooperationsabkommen durch, in denen friedensschaffende und klimaschützende Elemente feste Bestandteile sein müssen – wie die nicht nur literarisch hochwertigen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetze. (Das tatsächliche deutsche LkSG ist am 1. Januar 2023 in Kraft getreten, ein Anfang.) ■

IMPRESSUM

Der Hauptstadtbrief ist eine wöchentliche Publikation von PrinzMedien

Verleger:	Detlef Prinz
Herausgegeben von	Ulrich Deppendorf und Prof. Dr. Ursula Münch
Chefredakteur:	Lutz Lichtenberger, V.i.S.d.P.
Kolumnen:	Günter Bannas, Inge Kloepfer, Anne Wizorek
Layout:	Gordon Martin
HSB-Icon [Quadriga]:	Shutterstock.de/AVA Bitter

Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23-24 · 10963 Berlin
Tel. 030/21 50 54 00
info@derhauptstadtbrief.de www.derhauptstadtbrief.de
Redaktionsschluss 21. April 2023
© Der Hauptstadtbrief 2023

DER HAUPTSTADTBRIEF

Jetzt abonnieren unter:
derhauptstadtbrief.de

Mit unserem kostenlosen Newsletter erhalten Sie jedes Wochenende den aktuellen HAUPTSTADTBRIEF bequem per Email.